



Wenn der Verlust der Wohnung droht, ist die Zentrale Fachstelle Wohnen des Caritasverbandes eine hilfreiche Anlaufstelle.

Foto: Michaela Gabriel

## Ist Beratung den Kommunen ihr Geld wert?

Ein Euro pro Einwohner ist zur Weiterfinanzierung über 2024 hinaus nötig / Erste Zusagen

Von Michaela Gabriel

**Achern.** Hier ist auf Dauer Hilfe nötig: Der Caritasverband Vordere Ortenau möchte seine Zentrale Fachstelle Wohnen fortführen. Ende 2024 läuft die auf drei Jahre begrenzte Projektphase aus. Jetzt ist in den beteiligten Städten und Gemeinden die Stunde der Wahrheit. Nehmen sie eigenes Geld in die Hand, damit Menschen, denen der Verlust der Wohnung droht, weiterhin geholfen werden kann?

„Bei jedem einzelnen Fall ist Dampf unter der Hütte“, sagt Fachbereichsleiter Andreas Hillebrandt. Wer durch eine Räumungsklage seine Wohnung verliere, müsse von seiner Wohngemeinde untergebracht werden. Seine Überzeugung ist: Die Gemeinden fahren günstiger, wenn sie in die Beratung der Betroffenen und ihrer Vermieter investieren. Bisher finanzieren die Deutsche Fernsehlotterie und die Regionalstiftung der Sparkasse diese 2022 eingeführte Hilfe. Ab 2025 muss sie finanziell auf neue Füße gestellt werden.

Rund 80.000 Euro pro Jahr braucht es, damit die beiden Mitarbeiter des Caritasverbandes Vordere Ortenau, Felix Sorg und Fabian Bühler, über das laufende Jahr hinaus für Menschen am Rand der Wohnungslosigkeit tätig werden können.

Der Caritasverband ging deshalb bereits im November auf die zehn bislang beteiligten Städte und Gemeinden zu. Der Plan: Einen Euro pro Einwohner sollen sie pro Jahr beitragen, damit das Beratungs- und Hilfsangebot dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Alle zehn Projektgemeinden haben zusammen rund 81.000 Einwohner. So ginge die Rechnung auf. Neben Achern und Oberkirch sind die Gemeinden Kappelrodeck, Lauf, Renchen, Sasbach und Sasbachwalden sowie Lautenbach, Oppenau und Bad Peterstal-Griesbach im Boot. Mindestens für eine halbe Stelle brauche der Verband Geld, um die Zentrale Fachstelle Wohnen fortführen zu können.

Dazu hat die Stadt Achern mit ihrem einstimmigen Beschluss in der jüngsten Gemeinderatssitzung einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Stadtverwaltung wird einen Vertrag mit dem Caritasverband Vordere Ortenau abschließen. Darin soll die Fortführung der Zentralen Fachstelle Wohnen für das Gebiet der großen Kreisstadt ab 2025 geregelt werden.

Im Haushalt der Stadt Achern werden dafür jährlich 30.000 Euro bereitgestellt. In Achern gab es in der Projektphase die meisten Beratungen mit dem Ziel, Wohnraum möglichst zu erhalten: von Januar

2022 bis September 2023 waren es hier 26 Fälle. Insgesamt kümmerte sich der Caritasverband in diesem Zeitraum um 80 Fälle in allen zehn beteiligten Kommunen.

„Die Problematik wird sich in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch verdichten“, sagt Fachbereichsleiter Andreas Hillebrandt. Es sei für Mieter schwierig, neuen Wohnraum zu finden. „Unser Ziel ist es, Mietverhältnisse zu er-

”

Bei jedem einzelnen Fall ist Dampf in der Hütte.

**Andreas Hillebrandt**  
Fachbereichsleiter

halten, die auf der Kippe stehen“, so Sozialarbeiter Felix Sorg.

Auch Vermieter können sich an die Zentrale Fachstelle Wohnen wenden. Oft sei nach einer Klärung der Ursachen und der Zahlung von Mietschulden keine Räumungsklage nötig. Betroffenen könne man helfen, ergänzende Hilfen zu beantragen und ihre finanzielle Lage zu stabilisieren. Rund 90 Fälle habe man inzwischen bereits bearbeitet. In der gro-

ßen Mehrheit sei es gelungen, den Wohnraum zu sichern oder eine andere Lösung als die Unterbringung durch die Kommune zu finden.

„Ein sehr sinnvolles Projekt“, nennt die Laufer Bürgermeisterin Bettina Kist die Fachstelle Wohnen. Der Laufer Gemeinderat beschloss am 23. Januar einstimmig, es weiter mitzufinanzieren. Dafür werden ab 2025 entsprechend der Einwohnerzahl rund 4.000 Euro pro Jahr bereitgestellt. Der Gemeinderat Sasbachwalden stimmte ebenfalls zu, Geld dazuzulegen. Entsprechend der Einwohnerzahl werden es hier im kommenden Jahr rund 2.600 Euro sein. Wenn von den bisherigen Gemeinden nicht alle weiter mitmachen wollen, werde man anderen Städten eine Beteiligung anbieten, erklärt Andreas Hillebrandt vom Caritasverband. Der Verband vergrößerte sich im vergangenen Jahr durch eine Fusion und umfasst nun auch die Regionen Ofenbürg und Kehl.

Der Fachbereichsleiter macht auch deutlich: Wer keinen Beitrag leiste, dessen Bürger könne man mit der Beratungsleistung nicht versorgen. Zur Verbesserung des Dienstes habe man mit dem Landratsamt verhandelt und die Zusage erreicht, dass die Fachstelle über Räumungsklagen informiert werden kann.